



Berliner
Wissenschafts-Verlag

Viel Feind, viel Ehr

Author(s): Klaus Bachmann

Source: *Osteuropa*, 2018, Vol. 68, No. 3/5, Unterm Messer: Der illiberale Staat in Ungarn und Polen (2018), pp. 412-434

Published by: Berliner Wissenschafts-Verlag

Stable URL: <https://www.jstor.org/stable/10.2307/26577893>

REFERENCES

Linked references are available on JSTOR for this article:

https://www.jstor.org/stable/10.2307/26577893?seq=1&cid=pdf-reference#references_tab_contents

You may need to log in to JSTOR to access the linked references.

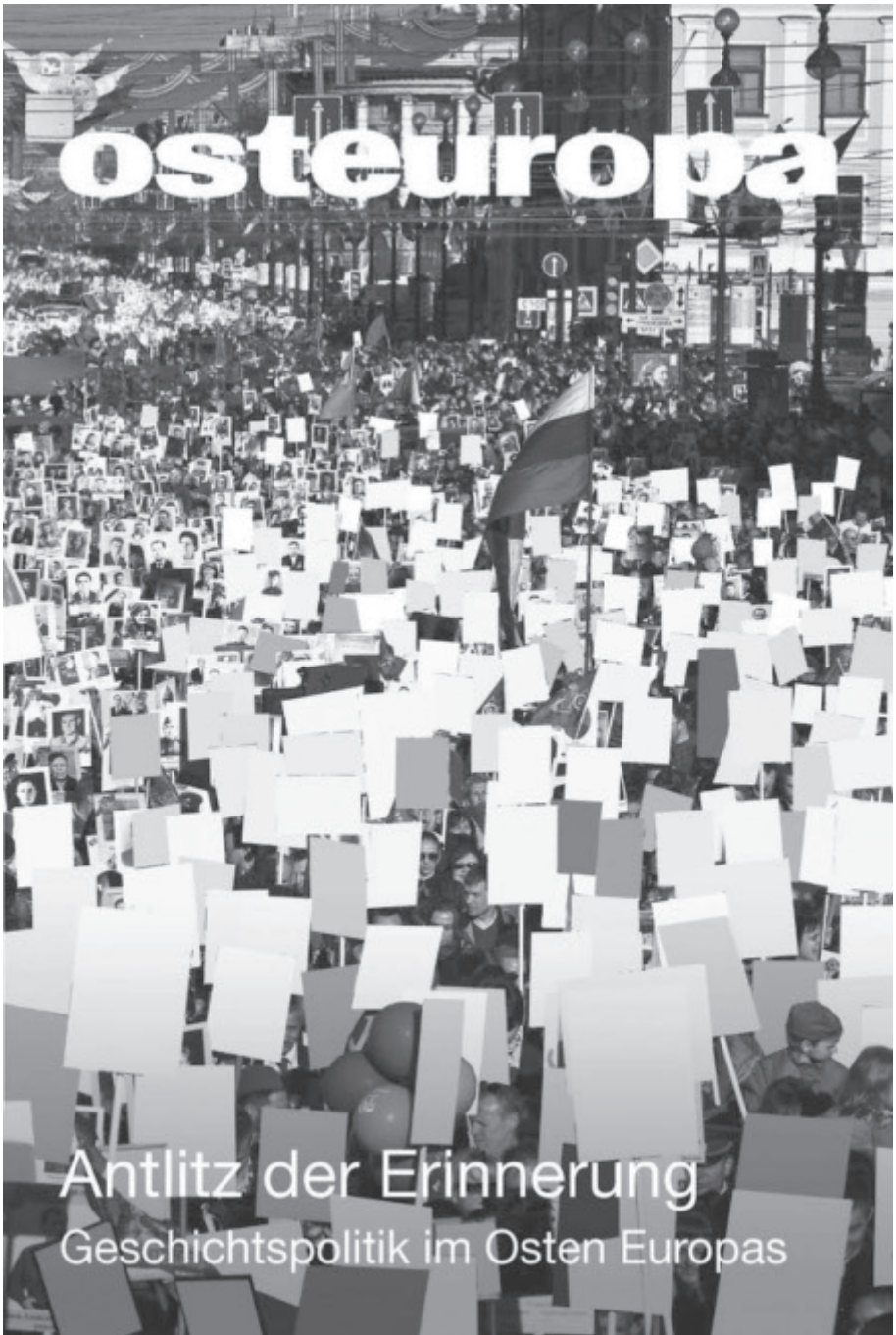
JSTOR is a not-for-profit service that helps scholars, researchers, and students discover, use, and build upon a wide range of content in a trusted digital archive. We use information technology and tools to increase productivity and facilitate new forms of scholarship. For more information about JSTOR, please contact support@jstor.org.

Your use of the JSTOR archive indicates your acceptance of the Terms & Conditions of Use, available at <https://about.jstor.org/terms>



JSTOR

Berliner Wissenschafts-Verlag is collaborating with JSTOR to digitize, preserve and extend access to *Osteuropa*



Staatliche Malkurse: Analysen zur Geschichtspolitik. 176 S., 12.–€. zeitschrift-osteuropa.de

Klaus Bachmann

Viel Feind, viel Ehr

Geschichtspolitik und Außenpolitik in Polen

Die polnische Regierung unter der PiS fordert eine aktive Geschichtspolitik. Mit staatlichen Mitteln sollen der Patriotismus gestärkt und christliche Werte verbreitet werden. Das hat Auswirkungen auf die Außenpolitik. Eine erratische Personalpolitik und mangelnde Kohärenz im außenpolitischen Entscheidungsprozess tragen dazu bei, dass geschichtspolitische Interessengruppen die Außenpolitik etwa gegenüber der Ukraine beeinflussen. Das führt zu Entfremdung und Konflikten mit der Ukraine und einer Annäherung an Belarus.

Der Begriff „Geschichtspolitik“ wird in Polen häufig unter Berufung auf Norbert Frei verwendet. Frei analysiert in seinem Buch, wie im Deutschland der Nachkriegszeit politische Eliten, Medien und Historiker die NS-Vergangenheit deuteten und umdeuteten sowie als Argument für oder gegen politische Entscheidungen verwendeten.¹ Mit der Zeit hat der Begriff „Geschichtspolitik“ in Polen eine normative Bedeutung angenommen. Wer sich hier damit beschäftigt, hat in der Regel ein Programm und genaue Vorstellungen davon, wie eine solche Politik aussehen sollte. Frei fragte, wie mit Hilfe von Geschichtsinterpretationen Politik gemacht wurde, seine polnischen Epigonen dagegen stellen Forderungskataloge auf, welche Interpretationen der Vergangenheit die Politik unterstützen oder bekämpfen soll, welche Sicht auf die Vergangenheit für die Regierung akzeptabel und welche verwerflich sei. Geschichtspolitik hat in Polen zwei Ziele: Sie soll erstens im Inneren Identität stiften, also ein spezifisches Verständnis dessen befördern, was polnisch ist und die nationale Gemeinschaft auszeichnet, und zweitens Polens Prestige im Ausland heben.²

Klaus Bachmann (1963), Dr. habil., Politologe und Historiker, Professor für Politische Wissenschaft an der Universität für Sozial- und Geisteswissenschaften, Warschau

Von ihm erschien zuletzt in OSTEUROPA: Rebellen ohne Grund. Ursachen und Folgen des Wahlsiegs der PiS, in: OE, 1–2/2016, S. 61–78.

Dieser Artikel entstand im Rahmen eines Aufenthaltes am Stellenbosch Institute for Advanced Study (STIAS), Wallenberg Research Center at Stellenbosch University, South Africa und an der Bosch-Academy, einer Institution der Robert-Bosch-Stiftung in Berlin.

¹ Norbert Frei: *Geschichtspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München 1996.

² Lech Nijakowski: *Polska polityka pamięci. Esej socjologiczny*. Warszawa 2008. – Marek Cichocki: *Władza i pamięć*. Kraków 2005. – A. Panecka (red.): *Polityka historyczna, historycy – politycy – prasa, Muzeum Postania Warszawskiego*. Warszawa 2005. Paweł Śpiewak: *Pamięć po komunizmie, Słowo/obraz peryferia*. Gdańsk 2005. – Katrin Steffen: *Ambivalenzen des affirmativen Patriotismus. Geschichtspolitik in Polen*, in: OSTEUROPA, 11–12/2006, S. 219–233. Siehe auch den Beitrag von Magdalena Saryusz-Wolska u.a. in diesem Band, S. 447–464.

OSTEUROPA, 68. Jg., 3–5/2018, S. 413–434

Nach 1989 betrieben vor allem konservative und konservativ-liberale Regierungen eine so verstandene Geschichtspolitik, während Regierungen der Linken sehr zurückhaltend waren. Polens postkommunistische Linke hatte sich, wie das bereits 1995 ihr Präsidentschaftskandidat Aleksander Kwaśniewski ausgedrückt hatte, „für die Zukunft“ entschieden. Das wollte er damals als Ablehnung jeglichen Geschichtsbezugs im politischen Alltag verstanden wissen.³ Das funktionierte nur teilweise, denn oft genug wurden Regierungen der Linken von der Opposition durch geschichtspolitische Kampagnen unter Druck gesetzt, oder sie mussten auf Initiativen aus dem Ausland antworten und in historisch-politischen Debatten Stellung beziehen, auch wenn sie das aus innenpolitischen Gründen nur zu gerne vermieden hätten.

Unabhängig von der politischen Ausrichtung bemühte sich jede Regierung, den Interessen von Opferverbänden und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit geschichtspolitischen Zielen nur soweit entgegenzukommen, dass dies nicht mit den eigenen außenpolitischen Zielen kollidierte oder zu Konflikten mit einem Nachbarland führte. Das fiel linken Regierungen leichter, da sie ja keine eigene innenpolitische, auf Identitätsstiftung ausgerichtete Geschichtspolitik hatten und so pragmatischer vorgehen konnten als Rechte. Doch manchmal kamen auch sie unter unerwarteten Druck aus den eigenen Reihen. Das widerfuhr etwa Kwaśniewski in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, als seine Initiativen zu einer polnisch-ukrainischen Aussöhnung auf heftigen Widerspruch von linken, postkommunistischen Opfer- und Veteranenverbänden stießen und er gezwungen war, diese Proteste in seinen Verhandlungen mit seinem Amtskollegen Leonid Kučma zu berücksichtigen. Kwaśniewskis Versöhnungspolitik mit der Ukraine wurde von seinem Nachfolger Lech Kaczyński weitergeführt, was auch diesen in Konflikt mit – nun antikommunistischen, konservativen und nationalistischen – parteinahen Opfer- und Kombattantengruppen brachte.⁴ Kaczyński starb 2010 bei der Flugzeugkatastrophe von Smolensk, doch auch sein Nachfolger Bronisław Komorowski von der *Bürgerplattform* (Platforma Obywatelska, PO), der bei vorgezogenen Neuwahlen gegen Kaczyńskis Zwillingbruder Jarosław gewonnen hatte, führte diese Strategie des Ausgleichs zwischen außenpolitischen Zielen und nach innen gerichteter Geschichtspolitik weiter.

³ Diese Geschichtsvergessenheit der Linken geht darauf zurück, dass auch viele postkommunistische Linke ihre Traditionen nicht auf die Volksrepublik gründen wollten. Zu Beginn der 1990er Jahre versuchten sie, sich auf die sozialistischen Parteien der Zwischenkriegszeit zu beziehen, später auf die Errungenschaften ihrer Regierungen nach 1989. Koalitionen unter Einschluss der postkommunistischen, aus der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) hervorgegangenen Sozialdemokraten gab es in Polen zwischen 1993–1997 und 2001–2005.

⁴ Zwischen den Opfer- und Veteranenorganisationen, die sich auf die Ukraine beziehen, verlaufen tiefe ideologische Gräben. Ein Teil der aus den polnischen Ostgebieten Vertriebenen, deren Vorfahren als Mitglieder der antikommunistischen und prowestlichen Heimatarmee gegen ukrainische nationalistische Partisaneneinheiten gekämpft hatten, fühlt sich der politischen Rechten verbunden. Es gibt auch eine kleinere Gruppe von Mitgliedern der polnischen Volksarmee, die nach 1944 in den Karpaten gegen ukrainische nationalistische und antikommunistische Partisanen gekämpft hatten. Sie sympathisieren mit Linksparteien. Eine derartige Spaltung gibt es bei Opfer- und Veteranenverbänden mit Bezug auf Litauen und Belarus nicht. Sie sympathisieren mit der Rechten. „Versöhnungspolitik“ beschreibt eine außenpolitische Annäherung, die innenpolitisch institutionalisiert wird. Lily Gardner Feldman: The principle and practice of „reconciliation“ in German Foreign Policy: Relations with France, Israel, Poland and the Czech Republic, in: *International Affairs*, 2/1999, S. 333–356.

Erst die seit 2015 amtierende PiS-Regierung hat mit dieser Tradition gebrochen. Seither findet ein Ausgleich zwischen Geschichtspolitik und außenpolitischen Zielsetzungen nicht mehr statt. Das liegt zum einen daran, dass das Programm von PiS eine Menge konkreter und konsequent umgesetzter innenpolitischer Ziele enthält, außenpolitisch dagegen sehr vage ist. Es liegt auch daran, dass fast alle Außenpolitiker und führende Diplomaten, welche die außenpolitischen Vorstellungen der vorherigen Regierungen und Präsidenten umzusetzen halfen, zwischenzeitlich entweder entlassen wurden oder ihren Hut genommen haben. Zudem wurde 2015 mit Andrzej Duda erstmals ein Politiker zum Präsidenten gewählt, der weder außenpolitische Erfahrung noch Rückhalt in seiner Partei hat und nur geringe außenpolitische Ambitionen hat.⁵ Er hat erklärtermaßen das Ziel, der polnischen Gesellschaft ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl zu vermitteln und sie zu einer möglichst konfliktfreien Gemeinschaft zu formen. Das steht im Einklang mit der Politik der Regierung unter Beata Szydło und ihrem Nachfolger Mateusz Morawiecki. Anders als die Geschichtspolitik früherer konservativer Regierungen wie zu Beginn der 1990er Jahre und nach 1997 zielt die Politik der PiS primär darauf, innenpolitische Ziele zu erreichen. Es geht nicht länger darum, der Öffentlichkeit der Nachbarländer und den Bündnispartnern Polens ein positives Polenbild zu vermitteln, sondern sie werden mit dem Geschichtsbild der neuen Regierung konfrontiert. Eventuell negative Reaktionen dienen dazu, die eigene Anhängerschaft zu konsolidieren und die Opposition an den Pranger zu stellen, wenn sie Verständnis für die Reaktion aus dem Ausland zeigt. Die polnischen Kulturinstitute wurden vom Kulturministerium und vom Außenministerium angewiesen, ihre Zielgruppen im Gastland neu zu definieren. Nicht mehr die Mehrheitsgesellschaft solle angesprochen werden, sondern die dortigen polnischen Gruppen. In Berlin führte das unter anderem dazu, dass sich der neue Botschafter Andrzej Przyłębski bemühte, einen von der Regierung lancierten Propagandafilm zu zeigen, der die Flugzeugkatastrophe von Smolensk als Attentat darstellt. Die Kulturinstitute wies er an, in Deutschland bekannte und beliebte, aber aus Sicht der Regierung missliebige Künstler aus dem Programm zu streichen und stattdessen regierungnahe Kulturschaffende zu fördern, deren Produktionen in der deutschen Öffentlichkeit kaum bekannt waren. Auch das polnische Buch-Institut (Instytut Książki), dessen Leitung neu besetzt wurde, sucht inzwischen westliche Verlage, die regierungnahe Schriftsteller übersetzen und vermarkten sollen.

Auch bei der Besetzung von Botschafterposten und Direktorenposten an den polnischen Kultureinrichtungen im Ausland achtete Außenminister Witold Waszczykowski darauf, in erster Linie Personen zu fördern, deren Loyalität zur Regierung außer Zweifel steht, ohne Rücksicht darauf, ob sie Erfahrungen und Kenntnisse in der Diplomatie und gute Kontakte im jeweiligen Gastland haben.⁶

Doch es sind gar nicht die Außenminister Waszczykowski und sein Nachfolger Jacek Czaputowicz, welche die polnische Außenpolitik betreiben. Waszczykowski war ein

⁵ Die Präsidenten Lech Wałęsa (1990–1995), Aleksander Kwaśniewski (1995–2005), Lech Kaczyński (2005–2010) und Bronisław Komorowski (2010–2015) hatten Regierungserfahrung und eine solide Hausmacht in ihrer Partei.

⁶ Zur Kontroverse um die Kulturinstitute in Deutschland: Magdalena Gwóźdź: *Spekulacje wokół zwolnienia dyrektorki Instytutu Polskiego w Berlinie. „Konsternacja“*. Deutsche Welle, 7.12.2016, <www.dw.com/pl/spekulacje-wokół-zwolnienia-dyrektorki-instytutu-polskiego-w-berlinie-konsternacja/a-36684835>.

Karrierediplomat, der sich mit seinen Vorgesetzten während der Amtszeit der Vorgängerregierungen so zerstritten hatte, dass er nur noch unter der PiS Aufstiegschancen hatte. Daher war er absolut loyal. Gleichzeitig hatte er in der Partei eine sehr schwache Position und musste zusehen, wie andere Akteure Außenpolitik betrieben, die sich weder untereinander noch mit ihm absprachen. Dieses Problem hat nun Außenminister Czaputowicz, der bei seinem Antrittsbesuch in Berlin erklärte, die polnischen Reparationsforderungen zurückstellen zu wollen. Nach seiner Rückkehr wurde er von Parteichef Jarosław Kaczyński per Interview zurechtgewiesen: Reparationen hätten weiterhin Priorität. Czaputowicz's Ernennung zum Außenminister sei dagegen ein Experiment, das sich erst noch bewähren müsse.⁷

Das Entscheidungszentrum von Partei, Regierung, den Fraktionen der PiS im Sejm und im Senat ist Parteichef Jarosław Kaczyński. Er ist nur einfacher Parlamentsabgeordneter und für sein Desinteresse an Außenpolitik bekannt. Er spricht keine Fremdsprache, reist fast nie ins Ausland und weigert sich weitgehend, ausländische Diplomaten zu empfangen.⁸ Das Fehlen einer zentralen Koordination der Außenpolitik, die normalerweise die Aufgabe des Premierministers wäre, führt dazu, dass Außenpolitik dem Primat der Innenpolitik untergeordnet ist. Vielfach ist Außenpolitik ein Spielball des Wettstreits zwischen unterschiedlichen Parteiströmungen und Interessengruppen, die sich um die Partei gebildet haben.

Deren Aktivitäten erscheinen oft als polnische Außenpolitik, obwohl sie nur manchmal von der Parteiführung und noch seltener vom polnischen Außenminister ausdrücklich gebilligt wird. Bis zur Regierungsumbildung war die Liste der außenpolitischen Akteure ziemlich lang und umfasste Verteidigungsminister Antoni Macierewicz, Sejm-Marschall Marek Kuchciński und mehrere PiS-Fraktionen mit unterschiedlichen außenpolitischen Interessen, aber ohne klar erkennbare Protagonisten. Inzwischen wurde Macierewicz abgelöst durch einen Politiker mit weniger außenpolitischen Ambitionen und Morawiecki, der früher als Finanz- und Entwicklungsminister mit seinen außenpolitischen Ambitionen Premierministerin Beata Szydło Konkurrenz machte, hat Szydło abgelöst, was die Zahl der miteinander in der Außenpolitik konkurrierenden Politiker etwas reduziert hat.

In beiden PiS-Regierungen wird Außenpolitik auf dreierlei Weise gemacht: erstens als Ergebnis zentral gesteuerter und von der PiS-Parteizentrale koordinierter Initiativen. Es ist in der Regel daran zu erkennen, dass alle oder mehrere der genannten Akteure

⁷ „Reparacje. Nowy szef MSZ naraził się Kaczyńskiemu?“ Tygodnik doRzeczy, 20.1.2018, <<https://dorzeczy.pl/obserwator-mediow/53689/Reparacje-Nowy-szef-MSZ-juz-narazil-sie-Kaczynskiemu.html>>. Die polnische Regierung behauptet seit ihrem Amtsantritt, der Verzicht Polens auf Kriegsreparationen von Deutschland von 1953 sei unwirksam, da von der Sowjetunion erzwungen und drängt auf die Aufnahme von Verhandlungen mit der Bundesregierung darüber, was diese ablehnt. Solche Verhandlungen haben bisher nicht stattgefunden, doch gegenüber der polnischen Öffentlichkeit stellen führende PiS-Politiker und Präsident Duda die Lage so dar, als seien juristische Analysen, die von den wissenschaftlichen Diensten des Bundestages und des Sejm erstellt gleichbedeutend mit der Aufnahme von Verhandlungen auf Parlamentsebene.

⁸ Ausnahmen sind Kaczyńskis Treffen mit dem US Botschafter während der Obama-Präsidentschaft, die von Vertrauten des Parteichefs wegen der US-Kritik an der „Reform“ des Verfassungstribunals als „äußerst unangenehm“ beschrieben wurden, ein geheimes und ein nichtgeheimes Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, deren Details anschließend von polnischen Teilnehmern öffentlich gemacht wurden, sowie Treffen Kaczyńskis mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán.

an einem Strang ziehen und ähnlich argumentieren. Derartige Initiativen werden von den parteinahen und regierungstreuen Medien durch entsprechende Kampagnen vorbereitet und unterstützt. Dies war so bei der Kampagne für Reparationen von Deutschland und der gegen die EU-Kommission wegen deren Kritik an der Justizreform.

Zweitens findet Außenpolitik als Ergebnis unkoordinierter, oft schwer verständlicher und inhaltlich widersprüchlicher Initiativen einzelner Akteure statt. Besonders deutlich wird dies in der Haltung zur EU. Manche Ministerien sind peinlich bemüht, ihre Gesetzesinitiativen mit EU-Recht in Einklang zu bringen, um einen weiteren Konflikt mit der EU-Kommission zu vermeiden, während andere gleichzeitig auf offenen Konfrontationskurs mit EU-Institutionen gehen.⁹

Die dritte Art ist die komplizierteste: als Ergebnis des Drucks von parteinahen Bürgerinitiativen und innerparteilichen Seilschaften. Hier zeigt sich die Verbindung von Geschichtspolitik und Außenpolitik besonders deutlich. Geschichtspolitik rechter, parteipolitisch nicht zwangsläufig gebundener Gruppen fließt in diplomatische Initiativen und Entscheidungen der Regierung ein. Die PiS und die Regierungsorgane versuchen, diese Konzepte und Interessen zu nutzen, um ihre außenpolitischen Initiativen zu legitimieren.

Geschichtsaneignung von unten

Fast alle, die in Polen Geschichtspolitik betrieben, hatten davon ein elitäres, etatistisches Verständnis. Im Namen konservativer Werte verwarfen sie die Geschichtspolitik liberaler Regierungen und stellten Forderungen an konservative Regierungen. Das reichte von konkreten Inhalten, welche die Regierung durch die Subvention von einschlägigen Büchern und Filmen, den Bau und die Eröffnung neuer Museen sowie neue Kompetenzen für die zentrale geschichtspolitische Instanz aller Regierungen der letzten 20 Jahre, das *Institut für Nationales Gedenken* (Instytut Pamięci Narodowej, IPN) in der Öffentlichkeit durchsetzen sollte.

Die PiS kann sich dabei auf eine gesellschaftliche Bewegung stützen, die sich konservativen Werten verpflichtet fühlt und Polen in der Regel als ethnonationale Gemeinschaft versteht. Dieses Milieu war in seinen Anfängen parteipolitisch ungebunden. Die meisten Aktiven

⁹ So hat das Kulturministerium bisher keinen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Finanzierung der staatlichen Medien neu regeln würde. Die Ziele eines solchen Entwurfs lassen sich bislang nicht mit den geltenden EU-Bestimmungen zur Förderung öffentlicher Medien in Einklang bringen. Obwohl die Angelegenheit dringend und für den Machterhalt der Regierung wichtig ist, haben sich das Kulturministerium und die PiS-Führung entschieden, in dieser Frage nicht auf Konfrontation mit der Europäischen Kommission zu gehen. Den staatlichen Medien laufen, seit sie in Propagandainstrumente der Regierung umgewandelt wurden, die Zuschauer und die Werbekunden davon. Die entstandene Finanzierungslücke wurde 2017 durch einen 800 Millionen-Zloty-Kredit der Regierung überbrückt. Dagegen hat sich das Umweltministerium entschieden, eine einstweilige Verfügung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), die auf Antrag der Europäischen Kommission ergangen war, in einer für den Machterhalt unbedeutenden Frage zu ignorieren. Die Verfügung verbot das weitere Abholzen des Urwaldes an der polnisch-belarussischen Grenze. Der Streit hat nur eine Bedeutung für Umweltschutzorganisationen und die staatliche Forstverwaltung, die durch das Abholzen ihre Einnahmen mehrt. 2018 gab der EuGH den Umweltverbänden Recht und verbot das weitere Abholzen. Inzwischen war die polnische Regierung umgebildet und der verantwortliche Minister entlassen worden. Sein Nachfolger sicherte zu, das Urteil umzusetzen.

sind es bis heute. Die Ursprünge dieses Milieus sind so gut wie unerforscht. Es entstand lange vor der ersten PiS-geführten Regierung 2005. Der Begriff „Bewegung“ sollte nicht so verstanden werden, als handle es sich bei den einzelnen Gruppen um ein homogenes, koordiniertes Phänomen. Vielmehr entstanden unabhängig voneinander Initiativen, die nach und nach voneinander erfuhren. Bis heute gibt es keinen Dachverband. In der Provinz entdeckten sie die Lokalgeschichte und spielen zu Jahrestagen in Kostümen und mit nachgebauten zeitgenössischen Waffen Kämpfe und Schlachten aus unterschiedlichen Epochen nach. Diese Reenactments leiten Hobbyhistoriker mit mehr oder weniger fachkundigen Kommentaren ein. Mitunter wirkt das wie eine Mischung aus Laienspieltheater, Heimatkunde, Bürgerwehr und Hobby-Militarismus.

Im niederschlesischen Eulengebirge, wo solche Initiativen heimatgeschichtliche Broschüren herausgeben und Touristen durch die Stollen eines nie zu Ende gebauten Führerhauptquartiers führen, werden Episoden aus dem Zweiten Weltkrieg und den Napoleonischen Kriegen nachgespielt. Ähnliche Aufführungen gibt es im Warschauer Umland, wo Nazi-Bunker als Touristenattraktion und Kulisse für Reenactments dienen. Auch Episoden der polnischen Geschichte werden nachgespielt, etwa eine Feier zum Jahrestag des Januaraufstandes von 1863 im Nationalpark Kampinos nördlich von Warschau. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde diese Bewegung im Sommer 2013 bekannt, als eine Initiative in Radymno in Südostpolen einen Überfall ukrainischer Partisanen auf eine polnische Siedlung von 1943 nachspielte und dafür eigens aufgestellte Holzbuden abbrennen ließ.¹⁰ Liberale und linke Medien kritisierten die Aufführung als nationalistisch und antiukrainisch. Für viele Anwesende stellte sie aber nicht nur einen Versuch dar, sich lokale Geschichte anzueignen und kreativ zu verarbeiten, sondern sie hatte auch einen politischen Gehalt. Bisher, so äußerten Teilnehmer, habe man in Polen vor allem der Opfer von Katyń und des Warschauer Aufstands gedacht, bei denen vor allem Mitglieder der städtischen Vorkriegseliten ums Leben kamen. Dem Wolhynien-Massaker dagegen seien vor allem einfache Leute vom Land zum Opfer gefallen.¹¹ Da es in den großen Städten kaum Bürgerinitiativen gibt, die Lokalgeschichte nachspielen, richtet sich die Bewegung zur Aneignung der Heimatgeschichte unausgesprochen auch immer gegen die Eliten und die Stadtbevölkerung.

Diese Stoßrichtung zeigt sich in einer Strömung, die stärker von Ideologie, Parteipolitik und staatlichem Handeln geprägt ist. Einige Initiativen betreiben die Exhumierung von Menschen, die in der Nachkriegszeit umgekommen waren und in Massengräbern verscharrt wurden, um deren Identität festzustellen und sie bestatten zu können. Diese forensische Arbeit stieß insbesondere auf dem Lande auf reges Interesse, da dort noch Nachfahren von Menschen leben, die nach Kriegsende spurlos verschwunden waren. In vielen Fällen waren sie bei Kämpfen gegen die kommunistische Macht, den sowjetischen Geheimdienst oder die Rote Armee gefallen.

¹⁰ Andrii Portnov: Clash of Victimhoods: the Volhynia Massacre in Polish and Ukrainian Memory. *Open Democracy*, 16.11.2016, <www.opendemocracy.net/od-russia/andrii-portnov/clash-of-victimhood-1943-volhynian-massacre-in-polish-and-ukrainian-culture>.

¹¹ Agnieszka Pasieka: Reenacting Ethnic Cleansing: People's History and Elitist Nationalism in Contemporary Poland, in: *Nations and Nationalism*, 1/2016, S. 63–83.

Allerdings gab es auch Überfälle bewaffneter Banden, die keinerlei erkennbare politische Ziele hatten, sowie Übergriffe auf Enklaven in Ost- und Südostpolen.¹² Zudem beglichen verfeindete Nachbarn oder ganze Dörfer Rechnungen aus der Kriegszeit. Zu jenen, die sich mit der Waffe in der Hand durch die Nachkriegszeit schlugen, gehörten auch Mitglieder von Partisaneneinheiten, allen voran Kämpfer der 1945 offiziell aufgelösten Heimatarmee, die trotz der nach dem Krieg verkündeten Amnestien aus verschiedenen Gründen nicht nach Hause zurückkehren konnten oder wollten. Ein Teil dieser Versprengten schloss sich nationalistischen Gruppen an, die in Erwartung eines Dritten Weltkrieges ihre Waffen behielten. Dieser, so hofften sie, würde eine gemeinsame Offensive der Westalliierten und der Deutschen gegen die Sowjetunion bringen, so dass die Rote Armee aus Polen vertrieben werden würde. In ethnisch gemischten Gebieten wie der Tatra und den Sümpfen um Brest sowie im Siedlungsgebiet der ukrainischen und belarussischen Minderheit westlich von San und Bug überfielen diese Versprengten wiederholt die nichtpolnische oder nichtkatholische Zivilbevölkerung und spielten sich als Schutzmacht ihrer eigenen Volksgruppe auf.¹³

Alle Leichen, die das IPN offiziell exhumieren ließ, können als Opfer der kommunistischen Herrschaft angesehen werden. Nicht einmal jene Historiker oder Kommentatoren, die diese Versprengten aus der Nachkriegszeit pauschal als Banditen und Antisemiten verdammen, bestreiten, dass die Strafverfahren gegen sie jeder Rechtsstaatlichkeit Hohn sprachen. Doch anders als es dem in Deutschland verbreiteten Stereotyp entspricht, nach dem polnische Geschichtspolitik darauf zielt, ständig neue Opfer fremder Mächte zu Tage zu fördern, werden diese Versprengten nicht als Opfer, sondern als Helden gefeiert.

Seit Jahren diskutieren rechte Historiker wie Jerzy Śląski, Adam Buława, Krzysztof Kawalec, Leszek Żebrowski und Autoren populärwissenschaftlicher Publikationen darüber, ob diese Versprengten der Nachkriegszeit als „verfemte Soldaten“ oder „Unnachgiebige“ bezeichnet werden sollten.¹⁴ Im einen Fall liegt der Fokus darauf, dass sie in der Volksrepublik und nach 1989 aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt wurden, im anderen wird ihr vermeintliches Heldentum in den Vordergrund gestellt.

In konservativ-patriotischen und nationalistischen Kreisen ist ein regelrechter Kult um die verfemten Soldaten entstanden, der bis in die Fußball-Hooligan-Szene reicht. Viele „Fans“ tragen nun T-Shirts mit dem Konterfei eines „Verfemten“. Fanklubs und Fan-Läden verkaufen spezielle, auf diese Klientel zugeschnittene Artikel. Unterdessen gibt es auch staatlich geförderte Kinofilme und Fernsehserien. Dagegen fehlt bis heute eine seriöse wissenschaftliche Untersuchung.

Auch die Versuche der PiS-Regierung, Polen, die während der deutschen Besatzung Juden gerettet haben, stärker ins öffentliche Bewusstsein zu heben und für eine Verbesserung

¹² Enklaven sind Siedlungsgebiete von ethnischen, nationalen und religiösen Minderheiten wie Belarussen, Ukrainern, Goralen und Menschen orthodoxen Glaubens ohne ethnische Identität.

¹³ Marcin Zaremba: *Die große Angst*. Paderborn 2016.

¹⁴ Diese Diskussionen finden in den Massenmedien und Wochen- und Monatsbeilagen überregionaler Tages- und Wochenzeitungen statt. Nach 2015 nahm die Zahl der Bücher stark zu, in denen die Lebensläufe verfemter Soldaten und Soldatinnen auf hagiographische Art ausbreitet werden. Eine objektive Publikation ist: Rafał Wnuk u.a. (Hg.): *Atlas polskiego podziemia niepodległościowego 1944–1956*. Warszawa, Lublin 2007. Sie war vom Institut für Nationales Gedenken veröffentlicht worden, als dessen Führung noch pluralistisch zusammengesetzt war.

des Bildes Polens im Ausland einzusetzen, heben auf deren Heldentum ab. So wurde in Südostpolen ein bereits von der Regierung unter Donald Tusk und Ewa Kopacz begonnenes „Gerechtenmuseum“ für eine Familie eröffnet, die während der Besetzung als Judenretter denunziert und ermordet worden war.¹⁵ Während in den geschichtspolitischen Debatten der 1990er Jahre stets die Zahl jener Polen hervorgehoben wurde, die von deutschen Besatzungsbehörden umgebracht wurden, weil sie Juden geholfen hatten, bemüht sich die Geschichtspolitik der PiS nun, mehr Fälle von Polen aufzuarbeiten, die Juden gerettet hatten – unabhängig davon, ob sie das mit ihrem Leben bezahlten oder nicht.

Polens regierungsnahe Medien präsentieren die Geschichten der „Gerechten“ gerne als Kontrapunkt zu den Publikationen kritischer Historiker, die sich mit jenen Polen beschäftigen, die während der deutschen Besetzung Juden an die Gestapo verrieten, erpressten oder selbst ermordeten. Die Kampagne für die „Gerechten“ ist ein weiteres Element jenes Stadt-Land-Konflikts, der Polens politische Kultur so stark prägt. In den 1990er Jahren wurde vor allem die Untergrundorganisation *Żegota* hervorgehoben, die in den Großstädten Juden aus den Ghettos herausgeschmuggelt und mit falschen Papieren versorgt hatte. Nun sind es die zahlreichen wenig bekannten Judenretter vom flachen Land, zu deren Gedenken Denkmäler gesetzt und Museen errichtet werden. Im Oktober 2017 verabschiedete der Sejm ein Gesetz, mit dem der 12. Juli zum staatlichen Feiertag zum Gedenken an „den Kampf und die Martyriologie des polnischen Dorfes“ erklärt wurde. Das alles ist Teil einer rein innenpolitischen Auseinandersetzung ohne außenpolitische Auswirkungen. Die Kampagne zu Ehren der „verfeimten Soldaten“ ist in dieser Hinsicht problematischer. Mitunter wurden versprengte Kämpfer der Nachkriegszeit aufs Schild gehoben, denen genozidartige Massaker an der belarussischen, litauischen und ukrainischen Minderheit in den Grenzgebieten oder Übergriffe auf die regionale Minderheit der Goralen in der Tatra zur Last gelegt werden.

Vergangenheitspolitik und Außenpolitik gegenüber der Ukraine

Das polnische Verhältnis zur Ukraine wurde nach 1991 von zwei gegensätzlichen gesellschaftlichen Strömungen bestimmt. Zum einen herrschte unter den politischen Eliten aller ideologischen Schattierungen weitgehend Konsens, dass die Unabhängigkeit der Ukraine zu unterstützen ist, um eine Wiederausdehnung des russländischen Machtbereichs an die polnische Ostgrenze zu verhindern. Dieses Denken hat seine Wurzeln in der Zwischenkriegszeit und prägte nach 1945 das Gros der polnischen intellektuellen antikommunistischen Emigranten. Oft wird es mit Jerzy Giedroyc, dem Gründer und Redakteur der Pariser Emigrantenzeitschrift *Kultura*, in Verbindung gebracht, der schon früh für eine Anerkennung der Nachkriegsgrenzen und eine Aussöhnung mit den ukrainischen Emigranten warb und nach 1991 für gute Beziehungen zur unabhängigen Ukraine.¹⁶

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre kam das Bestreben dazu, die Ukraine möglichst eng an die EU und die NATO heranzuführen, um so den Einfluss Russlands auf das

¹⁵ Der Begriff „Gerechte“ (*Sprawiedliwi*) stammt aus der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem, die Judenretter als „Gerechte unter den Völkern“ auszeichnet.

¹⁶ Siehe dazu den Beitrag von Adam Balcer in diesem Band, S. 495–517.

Land zu schwächen und die ukrainische Unabhängigkeit unumkehrbar zu machen.¹⁷ Der demokratische Aufbruch in der Ukraine, sei es in Form der „Orangen Revolution“ 2004/2005, sei es während des Euromajdan im Winter 2013/2014 erweckten großen Enthusiasmus und ließen die Sympathien der polnischen Öffentlichkeit für die Ukraine in die Höhe schießen. Sie wurden allerdings vor allem als Bewegung für Freiheit, Unabhängigkeit und Westbindung interpretiert, weniger als Aufstände für Demokratie und Pluralismus.

Neben dieser geopolitisch motivierten proukrainischen Position, welche die Ukrainepolitik aller polnischen Regierungen nach 1989 bestimmte, gab es immer eine Gegenströmung von Polen, die aus den ehemaligen Ostgebieten vertrieben worden waren, oder deren Nachfahren, die gegen eine Annäherung an die Ukraine opponierten. In gewisser Weise erinnert die Situation an die Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland, die in Landsmannschaften oder dem Bund der Vertriebenen organisiert waren, allerdings mit dem Unterschied, dass diese in ihrem Widerstand gegen die Ostverträge und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze explizit außenpolitische Ziele verfolgten. Solche geopolitischen Forderungen, etwa nach Nichtanerkennung oder gar Revision der Grenze im Osten, erheben in Polen nur winzige Splittergruppen. Der überwiegende Teil der organisierten polnischen Vertriebenen setzt sich vor allem für mehr Anerkennung in der eigenen Gesellschaft ein. Das geschieht mit Argumenten, die direkt mit Außenpolitik wenig zu tun haben, sondern darauf ausgerichtet sind, in Polen Unterstützung zu mobilisieren für eine bestimmte Interpretation der Vergangenheit, die als „historische Wahrheit“ dargestellt wird. Diese bezieht sich in der Regel immer auf die gleichen Ereignisse.

Im Sommer 1943 hatte die *Ukrainische Aufstandsarmee* (Ukrajinska Povstanska Armija, UPA) begonnen, die Polen in Wolhynien und Ostgalizien systematisch zu vertreiben und zu ermorden. Die polnische Landbevölkerung floh zunächst in größere Ortschaften und Städte, wo eine Verteidigung leichter zu organisieren war. Bewaffnete Verbände der Heimatarmee versuchten, sich den ukrainischen Partisanen entgegenzustellen. Nach wenigen Monaten war das Gros der polnischen Bevölkerung in westlich gelegene Gebiete geflohen, die von der UPA nicht beansprucht wurden. In Wolhynien, Ostgalizien und später auch in Teilen Westgaliziens führte die Heimatarmee Vergeltungsaktionen gegen die ukrainische Zivilbevölkerung durch. Die Zahl der Opfer ist bis heute umstritten.¹⁸ 1946 vereinbarten die kommunistisch dominierte Regierung Polens und die Regierung der Ukrainischen Sowjetrepublik einen Bevölkerungsaustausch: Tausende Ukrainer aus Polen wurden in die Ukraine umgesiedelt, Tausende Polen, die in der Sowjetukraine geblieben waren, wurden nach Polen gebracht.

¹⁷ Joanna Konieczna: *Polacy-Ukraińcy, Polska-Ukraina. Paradoksy stosunków sąsiedzkich*. Warszawa 2003, <www.batory.org.pl/ftp/program/forum/ukraina_ue/polacy_ukraincy_paradoksy_stosunkow.pdf>. – Piotr Bujak: *Polityczne spory o upamiętnienie zbrodni na Wołyniu w polskim parlamencie*, in: *Pogranicze. Polish Borderlands Studies*, 1/2014, S. 90–99. – Steven Burant: *International Relations in a Regional Context: Poland and Its Eastern Neighbours. Lithuania, Belarus, Ukraine*, in: *Europe-Asia Studies*, 3/1993, S. 395–418.

¹⁸ Georgiy Kasianov: *The Burden of the Past. The Ukrainian-Polish Conflict of 1943/44 in Contemporary Public, Academic and Political Debates in Ukraine and Poland*, in: *Innovation: The European Journal of Social Science Research*, 3–4/2006, S. 247–259. – *Zu den Vertreibungen 1943/44* Grzegorz Motyka: *Ukraińska partyzantka 1942–1960*. Warszawa 2006. – Jerzy Kochanowski: *Gathering Poles into Poland. Forced Migration from Poland's former Eastern territories*, in: Philipp Ther, Ana Siljak (Hg.): *Redrawing Nations: Ethnic Cleansing in East-Central Europe, 1944–1948*. Boulder 2003, S. 135–155.

1947 führte die nun kommunistische polnische Volksarmee einen letzten Schlag gegen die ukrainischen Partisanen. In der „Aktion Weichsel“ wurde praktisch die gesamte ukrainische Bevölkerung in Südostpolen enteignet und in die vom Deutschen Reich übernommenen Gebiete im Westen und Norden des Landes umgesiedelt.¹⁹ Auf diese damaligen Kämpfe bezieht sich bis heute der linksgerichtete Teil der polnischen Opfer- und Veteranenverbände, während sich der konservative Teil auf die Kämpfe der Heimatarmee gegen ukrainische Partisanen in Wolhynien und Ostgalizien, die heute zur Westukraine gehören, stützt.

Nach 1989 kritisierten Vertreter beider Strömungen die Versöhnungspolitik der polnischen Regierungen und Präsidenten. Ihr Einfluss war allerdings gering, weil sie parteipolitisch gespalten waren. Ein Teil war mit der Opposition, der andere Teil mit der Regierung verbündet. Im Wahlkampf von 2005 gelang es der PiS, einen großen Teil der linken Wählerschaft für sich zu gewinnen. Von dieser Schwächung hat sich das linke Parteienspektrum nicht mehr erholt. Bei den Wahlen von 2015 scheiterten alle Linksparteien an der Fünf- bzw. Achtprozentklausel. Damit sind die Veteranen- und Opferverbände parteipolitisch entweder heimatlos geworden oder werden nun von der PiS repräsentiert. Ihr Einfluss auf die Regierungspolitik ist damit stärker geworden als es bei jeder anderen Regierung vor 2015 der Fall war. Damit steckt die PiS innerparteilich in einem Clinch zwischen proukrainischen und antirussischen Fraktionen einerseits und jenen antiukrainischen Opferverbänden andererseits. Nun hat die PiS aber alle liberalen und linken Vorgängerregierungen immer für ihre angebliche Nachgiebigkeit gegenüber Russland kritisiert und sich im Parteienspektrum als die radikalste antirussische Kraft profiliert. Tatsächlich wurden unter Ministerpräsidentin Szydło mehrere höhere Beamte und Manager von Staatsfirmen wegen ihrer Verbindungen zu regierungsnahen Organisationen in Russland oder allzu russlandfreundlicher Ansichten wieder entlassen. Das war ein Signal, dass man in Partei und Regierung mit prorussischen Ansichten keine Karriere machen kann. Der prorussische Flügel tritt seither nicht mehr offen auf, sondern hat sich darauf verlegt, die Ukraine-Politik zu kritisieren und gegenüber der Ukraine eine härtere Haltung zu fordern, meist unter Berufung auf die Vergangenheit und die Notwendigkeit, die „historische Wahrheit“ zu respektieren. Das wird jedoch nicht nur von der polnischen Regierung verlangt, sondern auch als Vorbedingung von der ukrainischen Seite gefordert. Diese „historische Wahrheit“ wird in der Regel so definiert, dass sie von entscheidenden Gruppen in der Ukraine als inakzeptabel empfunden wird. Die internationale Debatte über die juristische und politische Aufarbeitung von vergangenen Völkermorden wie etwa in Bezug auf die türkischen Massaker an Armeniern hat den Mitgliedern derartiger Gruppen ein ebenso einfaches wie effektives Instrument für politische Auseinandersetzungen geliefert. Sie versuchen nun, die Wolhynien-Massaker zum Völkermord zu erklären und fordern, ihre innenpolitischen Gegner und die Nachkommen der als Täter identifizierten Gruppe müssten diese „Wahrheit“ als Voraussetzung für einen Dialog anerkennen. Diese Methode ist erfolgversprechend, weil sie Kritiker fast automatisch ins Unrecht setzt und sie zwingt, sich zu verteidigen. Erklären sie, es habe sich nicht um Völkermord gehandelt, setzen sie sich dem Vorwurf aus, die Opfer zu missachten. Wollen sie den Dialog retten, können sie das nur mit

¹⁹ Orest Subtelny: *Expulsion, Resettlement, Civic Strive. The Deportation of Ukrainians within Poland*, in: Ther, *Redrawing* [Fn. 18], S. 155–172. - Marek Jasiak: *Overcoming Ukrainian Resistance. The deportation of Ukrainians within Poland 1947*, in: ebd., S. 173–194.

pragmatischen Argumenten tun, die in der Regel eine schwächere öffentliche Wirkung entfalten als die moralische Forderung, den Völkermord als solchen anzuerkennen und die Rechte der Opfer zu achten.

2013 debattierte der Sejm zum ersten Mal über die Wolhynien-Massaker und die Einführung eines nationalen Gedenktags. Die PiS, damals in der Opposition, forderte, in der Sejm-Resolution die Massaker als „Völkermord“ zu bezeichnen. Die *Bürgerplattform* und die *Bauernpartei*, die bemüht waren, diese Debatte nicht zu einer außenpolitischen Belastung für den Dialog mit der Ukraine werden zu lassen, legten einen Entwurf vor, der von „ethnischen Säuberungen mit Anzeichen von Völkermord“ sprach. Die PiS-Abgeordneten lehnten das ab. Die Resolution wurde gegen die Stimmen der PiS angenommen. Nach dem Wahlsieg 2015 legte die PiS eine neue Resolution vor, in der die Massaker in Wolhynien als „Völkermord“ bezeichnet wurden. Dieses Vorhaben gab sie auch nicht auf, als der ukrainische Präsident Petro Porošenko bei einem Polenbesuch Anfang Juli 2016 als Geste der Entschuldigung vor einem Denkmal für die Opfer der Wolhynien-Massaker im Warschauer Stadtteil Żoliborz niederkniete.

Zwei Wochen später verabschiedeten beide Häuser des polnischen Parlaments die Völkermord-Resolution.²⁰



Kniefall des ukrainischen Präsidenten Petro Porošenko vor einem Denkmal für die Opfer der Massaker in Wolhynien im Warschauer Stadtteil Żoliborz

²⁰ Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 22 lipca 2016r. w sprawie oddania hołdu ofiarom ludobójstwa dokonanego przez nacjonalistów ukraińskich na obywatelach II Rzeczypospolitej Polskiej w latach 1943–1945, <http://orka.sejm.gov.pl/proc8.nsf/uchwaly/625_u.htm>.

Dies führte in der Ukraine zu einem Aufschrei der Empörung. Die Verchovna Rada in Kiew verabschiedete eine Erklärung, in der es heißt, sie nehme die polnische Erklärung mit „Bedauern, Enttäuschung und tiefer Sorge“ zur Kenntnis. Die Rada verwies auf zahlreiche gemeinsame ukrainisch-polnische Erklärungen, gegen deren Geist die Resolution verstoße.²¹

Veteranen- und Opferverbände verweisen auch auf andere geschichtspolitische Themen, um innenpolitische Unterstützung zu erzielen. Eines ist der in der Westukraine verbreitete Bandera-Kult. Als solchen bezeichnen polnische Beobachter die Entscheidung ukrainischer Städte und Gemeinden, Straßen und Plätze nach Stepan Bandera zu benennen, einem der Führer des integralen ukrainischen Nationalismus der Zwischenkriegszeit. Bandera bediente sich terroristischer Mittel im Kampf um die Befreiung der ukrainischen Bevölkerung von polnischer und sowjetischer Unterdrückung. Nachdem er 1941 versucht hatte, in der Westukraine einen unabhängigen ukrainischen Staat auszurufen, wurde er von den deutschen Besatzungsbehörden verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen gesperrt. Er überlebte, wurde aber 1959 von einem sowjetischen Geheimagenten in München erschossen. In Polen gilt Bandera bis heute als die Personifizierung des ukrainischen Nationalismus. Ukrainische Nationalisten werden in Polen weithin *banderowcy* (Bandera-Leute) genannt. In der Westukraine, in der es während des Krieges relativ wenige sowjetische Partisanen, aber sehr viele nationalistische und damit polenfeindliche und antikommunistische Partisanen gegeben hatte, wurde Bandera zu einem Symbol für den antisowjetischen Widerstand. In Polen personifiziert Bandera die Verantwortung für das Wolhynien-Massaker, obwohl er persönlich zu diesem Zeitpunkt im KZ Sachsenhausen inhaftiert war und nur einer von mehreren Anführern nationalistischer Strömungen in der Westukraine gewesen war.²²

Angesichts dieser Gemengelage führt jeder Versuch, Bandera in die ukrainische Geschichtspolitik zu integrieren, zu einem Aufschrei der Empörung in Polen und ist Wasser auf die Mühlen jener polnischen Opferverbände, die eine Annäherung an die Ukraine verhindern wollen. Von Zeit zu Zeit werden sie durch Aktionen ukrainischer Opferverbände aufgestachelt, die symbolisch Ansprüche auf polnische Gebiete erheben.²³

Wenn die Außenpolitik nicht zentral koordiniert wird und der Außenminister kaum in Regierung und Partei verankert ist, kann der Minister auch nicht innenpolitische Einflussnahme mit außenpolitischen Interessen in Einklang bringen. Dann schlägt die Lobbytätigkeit

²¹ Postanova Verchovnoï Rady Ukraïny „Pro Zajavu Verchovnoï Rady Ukraïny u zv’jazku z uchvalenjam Senatom i Sejmom Respubliki Pol’sha postanov vid 7 lipnja 2016 roku ta 22 22 lipnja 2016 roku ščodo ocinky pol’sko-ukraïns’koho konfliktu v roky Druhoï svitovoïviny“, <<http://zakon2.rada.gov.ua/laws/show/1507-viii>>.

²² Andrii Portnov: Bandera mythologies and their traps for Ukraine. OpenDemocracy 22.6.2016, <www.opendemocracy.net/od-russia/andrii-portnov/bandera-mythologies-and-their-traps-for-ukraine>.

²³ Die ukrainischen Opferverbände sind weit schwächer als die polnischen. Ihr Einfluss beschränkt sich auf die Westukraine. In ihnen sind in der Regel Nachfahren von Opfern des Bevölkerungsaustausches von 1946 organisiert. Dazu kommen nationalistische Gruppen, welche z.B. die erfolgte Renovierung des polnischen Heldenfriedhofs in L’viv ablehnen und verlangen, die Ukraine solle alle „ethnisch ukrainischen Gebiete“ eingliedern, was ihrer Ansicht nach auch große Teile Westgaliziens umfasst, wo vor dem Krieg viele Ukrainer gelebt hatten und die heute zu Polen gehören. Die Nachfahren der Zwangsumgesiedelten der „Aktion Weichsel“ leben alle in Polen. Es sind weniger als die polnischen Zwangsumsiedler 1943 bis 1946. Piotr Eberhardt: *Przemiany narodowościowe na Ukrainie w XX wieku*. Warszawa 1994.

von Interessengruppen oder innerparteilichen Fraktionen auf die Diplomatie durch. Das galt insbesondere für die Amtszeit von Außenminister Waszczykowski, zumal er nach dem Machtwechsel auf Druck der PiS-Parteiführung die Führungsebene seines Ministeriums erst einmal von Grund auf gesäubert und über 30 Botschafter abberufen hatte, ohne dass es Nachfolger gegeben hätte. Ende 2017 demonstrierte die PiS ihren Außenminister mit zwei Gesetzentwürfen. Mit dem ersten sollte das gesamte Personal des Außenministeriums zum Jahresende gekündigt werden. Wer wollte, konnte nach einer entsprechenden Lustration seine Wiedereinstellung beantragen. Die zweite Initiative von PiS-Abgeordneten sah vor, die Personalentscheidungen im Außenministerium dem Minister zu entziehen und einem Rat vorzubehalten, den die Regierung bestellte. Beide Gesetzentwürfe kamen in die Ausschüsse, blieben aber dort bis heute (Mai 2018) stecken. In der Zwischenzeit wurde Außenminister Witold Waszczykowski im Rahmen der Regierungsneubildung abberufen. Die große Säuberung fand nicht statt, doch allein die Aussicht darauf destabilisierte das Ministerium und den diplomatischen Dienst. Wer bisher im Außenministerium gearbeitet hatte, etwas auf sich hielt und andere Optionen hatte, kündigte entweder gleich oder machte sich auf die Suche nach einer Stelle in der freien Wirtschaft, in einer Denkfabrik oder verdingte sich gar bei ausländischen Diensten. Da es außenpolitisch erfahrene Beamte und Experten bei PiS so gut wie nicht mehr gibt – die meisten hatten nach Lech Kaczyńskis Tod und der Spaltung der Partei damals die PiS verlassen –, verlor das Außenministerium den Apparat, mit dessen Hilfe es sich von der Partei und den Lobbygruppen emanzipieren könnte. Unter Waszczykowski führte das dazu, dass der Außenminister den Druck von parteinahen Veteranen- und Opferverbänden ungefiltert an die ukrainische Regierung weiterleitete. So geschah das im Juni 2016, als Waszczykowski in einem Interview für ein regierungsfreundliches Internetportal ankündigte, „die Ukraine werde mit Bandera nicht in die EU kommen“, da Polen, falls ukrainische Behörden weiterhin Bandera-Denkmäler errichteten und Straßen nach dem Nationalistenführer benennen würden, in eventuellen Beitrittsverhandlungen ein Veto einlegen würde. Er verglich das mit Griechenlands Verhalten gegenüber einer EU-Mitgliedschaft Makedoniens.²⁴

Nach diesem Interview wurde der polnische Botschafter in Kiew ins dortige Außenministerium einbestellt. Kurz darauf stürzte Waszczykowskis Kabinettschef, Jan Parys, eines der bisherigen außenpolitischen Dogmen Polens: dass eine unabhängige Ukraine die Garantie für die Unabhängigkeit Polens sei. Parys erklärte, er könne sich ein unabhängiges Polen auch ohne eine unabhängige Ukraine vorstellen.²⁵ Die unversöhnliche Position der parteinahen Veteranen- und Opferverbände, den „Bandera-Kult“ in der Ukraine zu beklagen und abzulehnen, machte sich das Außenministerium zu eigen, als Waszczykowski Ende 2017 ankündigte, Polen werde keine ukrainischen Politiker und Intellektuellen ins Land lassen, die eine „antipolnische Haltung“ an den Tag legten. Polnische und ukrainische Medien berichteten von einer „schwarzen Liste“ von mit Einreiseverboten belegten ukrainischen Politikern. Die ukrainische Regierung

²⁴ Waszczykowski dla „wSieci“ o stosunkach polsko-ukraińskich: Nasz przekaz jest bardzo jasny: z Bandera do Europy nie wejdziecie. Wpolarityce.pl 3.7.2017, <<https://wpolarityce.pl/polityka/347083-waszczykowski-dla-wsieci-o-stosunkach-polsko-ukrainskich-nasz-przekaz-jest-bardzo-jasny-z-bandera-do-europy-nie-wejdziecie>>.

²⁵ Tygodnik DoRzeczy, 9.12.2017, <<https://dorzeczy.pl/kraj/49770/Jan-Parys-Istnienie-Ukrainy-nie-jest-niezbednym-warunkiem-istnienia-wolnej-Polski.html>>.

reagierte mit der Einstellung der gemeinsamen Exhumierung polnischer Weltkriegsopfer in der Ukraine. Daraufhin belegte Polen den Chef der zuständigen Behörde, Svjatoslav Šeremet, mit einem Einreiseverbot, das dieser umging, indem er in der Deutschen Botschaft ein Visum beantragte und dann über die deutsch-polnische Grenze einreiste.²⁶

Symbolischer Antikommunismus

Bereits kurz nach den Wahlen von 2015 verabschiedete die Parlamentsmehrheit der PiS eine Gesetzesnovelle „Über das Verbot, Kommunismus oder eine andere totalitäre Staatsform durch die Benennung von Bauten, Objekten und öffentliche Einrichtungen zu propagieren“.²⁷ Das neue Gesetz verbietet es, an „Personen, Organisationen, Ereignisse und Daten, die den Kommunismus oder eine andere totalitäre Staatsform symbolisieren“ zu erinnern, und bezieht sich u.a. auf den gesamten Zeitraum der Volksrepublik Polen und ihrer Entstehung von 1944 bis 1989. Das Gesetz ermächtigt die Woiwoden, nach Absprache mit dem *Institut für Nationales Gedenken* und dem *Rat für den Schutz der Erinnerung an Kampf und Martyriologie* Straßennamen und Beschlüsse über die Errichtung solcher Denkmäler aufzuheben. Diese müssen vom Eigentümer beseitigt, Straßen innerhalb von drei Monaten umbenannt werden, andernfalls kann der Woiwode die Umbenennung selbst vornehmen. Mit dem neuen Gesetz sollten die zahlreichen aus der Volksrepublik stammenden Straßennamen getilgt und durch patriotische Namen ersetzt werden. So geschah es. Das Gesetz überließ die Neubenennung allerdings in erster Linie den Gemeinden und Gemeindeverbänden und griff so nur sehr beschränkt in deren Autonomie ein. Die Umbenennung betreffe 943 Straßen, gab das *Institut für Nationales Gedenken* bekannt.

Ein weitergehender Senatsentwurf, der sogar die Symbolik des „preußischen Militarismus“ verbieten wollte und unter Umständen sogar zu einem Verbot von Kriegerdenkmälern der nationalen Minderheiten geführt hätte, wurde damit gegenstandslos. Doch im Juni 2017 änderte die Parlamentsmehrheit der Regierungspartei das bereits beschlossene Gesetz und verbot nun auch kommunistische oder andere totalitäre Staatsformen propagierende Benennungen von Schulen, Vorschulen, Kindertagesstätten, Kulturhäusern sowie Denkmälern, soweit sie sich nicht auf einem Friedhof befinden oder unter Denkmalschutz stehen. Der Besitzer wurde gezwungen, sie innerhalb eines Jahres auf eigene Kosten zu beseitigen.²⁸ Sowjetische Militärdenkmal aus der Volksrepublik, welche die „Dankbarkeit des polnischen Volkes für die Befreiung vom Hitlerfaschismus“ ausdrücken sollten, sollten darunter fallen, wenn sie nicht auf Friedhöfen stehen. Das Gesetz löste in Russland Empörung aus. Der Föderationsrat forderte Präsident

²⁶ Rząd PiS zakazał mu wjazdu, a on wrzuca zdjęcie z lotniska. *Gazeta Wyborcza*, 20.11.2017, <<http://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114884,22736374,waszczykowski-nie-wpuscil-go-do-polski-teraz-ukrainski-urzednik.html>>.

²⁷ Ustawa z dnia 1. Kwietnia 2016 o zakazie propagowania komunizmu lub innego ustroju totalitarnego przez nazwy budowli, obiektów i urządzeń użyteczności publicznej. *Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej* poz. 744, 1.6.2016, <<https://ipn.gov.pl/pl/aktualnosci/polityka/zmiany-nazw-ulic/ustawa-z-1-kwietnia-201/37970,Ustawa-z-1-kwietnia-2016.html>>.

²⁸ Ustawa z dnia 22.6.2017, <[http://orka.sejm.gov.pl/opinie8.nsf/nazwa/1538_u/\\$file/1538_u.pdf](http://orka.sejm.gov.pl/opinie8.nsf/nazwa/1538_u/$file/1538_u.pdf)>.

Putin auf, Sanktionen gegen Polen zu verhängen.²⁹ Russlands Außenministerium erklärte das polnische Gesetz zu einem „unfreundlichen Akt“,³⁰ die Entscheidung sei „eine Provokation, die ihre Antwort finden wird“. Seither blockieren die Behörden die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der Flugzeugkatastrophe von Smolensk. Auch die Staatsduma verabschiedete eine Erklärung, in der Polen vorgeworfen wurde, „die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges in Frage zu stellen“.³¹ Nach Angaben aus Moskau geht es um 500 Denkmäler in Polen.

Vergangenheitspolitik mit Hilfe der Staatsanwaltschaft: das IPN-Gesetz

Antikommunismus, das Abrücken vom proukrainischen Kurs der Vorgängerregierungen und das Erstarken antiwestlicher, implizit prorussischer Gruppierungen in der PiS kulminierten in der zweiten Hälfte 2017 in der Novellierung des IPN-Gesetzes, das in den internationalen Medien als „polnisches Holocaust-Gesetz“ berühmt und berüchtigt wurde. Der Grundgedanke des Gesetzes entstammt dem zivilgesellschaftlichen Milieu der PiS. Er zielte ursprünglich nur auf Deutschland.

2012 begann die Tageszeitung *Rzeczpospolita* mit einer Kampagne gegen die Verwendung des Ausdrucks „polnische Lager“ in ausländischen Medien. Die Initiatoren argumentierten, der Ausdruck suggeriere eine polnische Mitverantwortung an der Errichtung und dem Betrieb von Todeslagern auf polnischem Boden unter deutscher Besatzung und stelle daher eine „Geschichtsfälschung“ dar. Der Zeitung gelang es, als *agenda setter* einige der PiS-nahen NGOs und das damals von dem PO-Politiker Radosław Sikorski geführte Außenministerium vor sich her zu treiben. NGOs, aufgebrachte Polen im Ausland und polnische Konsulate und Botschaften begannen nun, jedes Mal, wenn sie in den Medien den inkriminierten Ausdruck entdeckten, Protestbriefe zu schreiben, in der Regel mit Erfolg, denn die angeschriebenen Redaktionen drückten fast immer ihr Bedauern aus, betonten, es habe sich um ein Versehen gehandelt und korrigierten entweder ihre Darstellung oder veröffentlichten die Zusendungen als Leserbriefe.³² Damit hätte man die Sache auf sich bewenden lassen können, zumal das Parlament bereits 2006 eine Novelle des Lustrationsgesetzes vorgenommen hatte. Danach droht jedem eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe, der „öffentlich die polnische Nation der Beteiligung, Organisation oder Verantwortung für kommunistische oder nationalsozialistische Verbrechen bezichtigt“.

²⁹ Sovfed predložit Putinu vvesti sankcii protiv Pol'ši. Vzgljad, 24.7.2017, <<https://vz.ru/news/2017/7/24/879920.html>>.

³⁰ Tygodnik Solidarność, 31.7.2017, <www.tysol.pl/a9851-Rosja-przygotowuje-sankcje-przeciwko-Polsce-Oburzenie-ustawa-dekomunizacyjna>.

³¹ Aleksandra Gersz: Rosyjska Duma krytykuje Polskę za ustawę dekomunizacyjną. Polska Times, 20.7.2017, <www.polskatimes.pl/fakty/swiat/a/rosyjska-duma-krytykuje-polske-za-ustawe-dekomunizacyjna,12286864>.

³² Bisher ist kein einziger Fall bekanntgeworden, in dem ein Medium darauf beharrt hätte, diese Bezeichnung für deutsche Vernichtungslager im besetzten Polen sei korrekt. Natürlich gab es auch keinen Fall, in denen jemand erklärt hätte, der Begriff sei gewählt worden, um den polnischen Staat oder die Nation einer Mitschuld an der Errichtung und dem Betrieb der Lager zu bezichtigen.

Doch in der Zwischenzeit war in der PiS-nahen Medienwelt eine Verschwörungstheorie entstanden, nach der sich hinter der Verwendung des Begriffs „polnische Lager“ nicht nur Versehen oder ein rein geographisches Verständnis des Begriffes verbarg, sondern eine geheime, jahrzehntelang zurückreichende Intrige Deutschlands, mit der Deutschland sich von der Schuld am Holocaust befreien und diese Polen aufladen wollte.³³ Damit mussten die üblichen Entschuldigungen von Redaktionen für die Verwendung des Begriffs „polnische Lager“ als Schutzbehauptungen erscheinen, die darauf abzielten, ihre Urheber vor der verdienten Strafe durch das novellierte polnische Lustrationsgesetz zu schützen.³⁴ Diese Logik ist unabdingbar, will man verstehen, wie es zu dem IPN-Gesetz kam, das diese vermeintliche strafrechtliche Lücke schließen sollte. Wollte man verhindern, dass deutsche Medien sich hinter der Schutzbehauptung, es habe sich um ein Versehen gehandelt, verstecken konnten, musste auch die unbeabsichtigte Verwendung des Begriffes unter Strafe gestellt werden. Da man nicht einfach nur den Begriff „polnische Lager“ oder ähnliche Ausdrücke wie „polnische KZ“, „polnische Konzentrationslager“ oder „polnische Todeslager“ kriminalisieren konnte, entschied man sich³⁵, mit einer legislativen Kanone auf einen geschichtspolitischen Spatzen zu schießen. Kriminalisiert und mit bis zu drei Jahren Gefängnis bedroht wird nun,

wer öffentlich und tatsachenwidrig dem Polnischen Volk oder dem Polnischen Staat die Verantwortung bzw. Mitverantwortung für die durch das Dritte Reich begangenen Naziverbrechen [. . .] oder für andere Verbrechen, die ein Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder ein Kriegsverbrechen darstellen, zuschreibt oder auf andere Weise die Verantwortung der tatsächlichen Täter dieser Verbrechen vermindert.

Das galt nun auch für „unabsichtliches Handeln“. Wer so etwas „im Rahmen künstlerischer oder wissenschaftlicher Tätigkeit“ tue, begehe keine Straftat, allerdings nach polnischem Recht eine verbotene Tat, für die er disziplinarrechtlich und zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann. Der letzte Punkt ist besonders bedeutsam, denn das Gesetz ermächtigt nicht nur das IPN dazu, zivil- und strafrechtlich im Namen des zu Unrecht bezichtigten Staats vorzugehen, sondern auch Nichtregierungsorganisationen.

³³ Der Begriff „polnische Lager“ sei in der Nachkriegszeit von einer aus Ex-Nazis gebildeten Geheimagentur 114 des BND in Umlauf gebracht worden. Während regierungnahe Journalisten zugeben, es gebe für diese kühne These keine Beweise, ist die Überzeugung, Deutschland wolle die Schuld am Holocaust auf Polen übertragen, ungebrochen. Zur Entstehung der Legende, ihrem Ursprung in der kommunistischen Propaganda der 1960er Jahre: Klaus Bachmann: Der Bruch. Ursachen und Folgen des Umsturzes der Verfassungsordnung Polens 2015. Frankfurt/Main 2017, S. 285–289.

³⁴ Der Staatssekretär im Außenministerium, Jan Dziędziczak, sagte, er glaube nicht, dass der Begriff „polnische Lager“ in Deutschland versehentlich benutzt werde. „Die Deutschen verfolgen eine brutale Geschichtsdiplomatie, die sich auf Lügen stützt. Die Lügen zynisch, um ihr Land weißzuwaschen.“ Robert Sobkowiec: Kłamstwa na temat Polski. Nasz Dziennik, 3.6.2017, <<https://naszdzienik.pl/polska-kraj/182999,klamstwa-na-temat-polski.html>>. Ähnliches war vom stv. Premierminister Jarosław Gowin und Premierminister Morawiecki zu hören.

³⁵ „Man“ bedeutet hier in erster Linie das Justizministerium, das die Novellierung des IPN-Gesetzes vorbereitete, aber es schließt auch Abgeordnete, Historiker und Juristen ein, die der PiS, dem Ministerium und den regierungsnahen NGOs zuarbeiteten.

Damit ist die Reichweite des Gesetzes nicht ausgeschöpft. Es umfasst auch den Straftatbestand der „Negierung der Verbrechen ukrainischer Nationalisten und Mitglieder ukrainischer Einheiten, die mit dem Dritten Reich kollaboriert haben“ und zwar für Taten zwischen 1925 und 1950.³⁶ In diese Zeit fallen in erster Linie die Wolhynien-Massaker. Das Gesetz soll auch im Ausland und für ausländische Firmen, Auslandsvertretungen, Medien und Journalisten gelten, egal, ob diese in Polen einen Sitz haben oder nicht. Zu diesem Zwecke wurde eine Definition eines bereits 2002 in Kraft getretenen Gesetzes übernommen, das ursprünglich EU-Richtlinien gegen organisierte Kriminalität in polnisches Recht umsetzen sollte.³⁷

Noch während des überaus hastigen Gesetzgebungsprozesses gab es Proteste aus drei Richtungen. Es protestierten polnische Wissenschaftler im In- und Ausland, die die Freiheit der Wissenschaft,³⁸ und Journalisten, die die Freiheit der Meinungsäußerung bedroht sahen. Es protestierten Juristen, die auf die inneren Widersprüche des Gesetzes hinwiesen, etwa dass die bewusste Negierung des Holocausts (aber auch aller aufgeführten Verbrechen an Polen) im Rahmen wissenschaftlicher Tätigkeit straffrei stellt, aber unbeabsichtigte Verstöße gegen das Gesetz (z.B. bei einem Versprecher) mit einer Freiheitsstrafe bedrohte.³⁹ Einige Kommentatoren wiesen auch auf die Untiefen des Gesetzes hin. So wird zwar die Negierung der Kollaboration von polnischen Bürgern ukrainischer Herkunft mit der deutschen und sowjetischen Besatzung im Zweiten Weltkrieg unter Strafe gestellt, nicht aber die polnischer Bürger, von denen sich viele, um sich vor Übergriffen ukrainischer Partisanen zu schützen, gegen Kriegsende Sonder-einheiten der sowjetischen Armee anschlossen, den sogenannten „Ausmerzungs-bataillons“. Doch das Gesetz hatte unerwartete außenpolitische Auswirkungen. Aufgrund der rasanten Verabschiedung im Parlament, die es der Opposition erschweren sollte, Änderungsanträge einzubringen und öffentliche Proteste durchzuführen, hatten auch ausländische Regierungen wenig Zeit, ihre Bedenken vorzubringen. Die Reaktionen waren umso heftiger. In Israel befürchteten Politiker und Medien, mit dem Gesetz könnten jüdische Überlebende des Holocaust wegen Verunglimpfung des polnischen Volkes verfolgt werden, wenn sie über Fälle berichteten, in denen sie von Polen während der Besatzung erpresst oder verraten worden waren.⁴⁰ Sogar das israelische Kabinett beschäftigte sich mit der Novelle. Die US-Regierung verhängte einen informellen Boykott gegen die polnische Regierung. Hochrangige Politiker und Vertreter der Administration würden solange keine Reprä-

³⁶ Der seltsame Zeitrahmen wurde weder von Regierungsmitgliedern noch vom Justizministerium im Parlament erklärt.

³⁷ Damit fallen auch ausländische Stiftungen, Korrespondentenbüros, Redaktionsniederlassungen und Firmen unter diese strafrechtlichen Bestimmungen, selbst wenn sie in Polen keinen Sitz haben. Sie alle können mit Geldstrafen von bis zu 1,2 Millionen Euro belegt werden.

³⁸ Die Straffreiheit schützt Wissenschaftler weder vor zivilrechtlichen Klagen von NGOs noch davor, wegen nichtwissenschaftlicher Äußerungen etwa in einem Interview oder einer Fernsehdiskussion strafrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden. Das Gesetz definiert nicht, was als „wissenschaftliche und künstlerische Tätigkeit“ zu verstehen ist.

³⁹ Das IPN-Gesetz hat die paradoxe Folge, dass der mehrfach verurteilte Holocaust-Leugner David Irving in Polen straffrei ausginge, solange er seine Theorien wissenschaftlich verpackt. Er könnte allenfalls zivilrechtlich von Opfernverbänden oder NGOs belangt werden. Ireneusz C. Kamiński: Trzeba przemyśleć ustawę o IPN. Dziennik Gazeta Prawna, 8.3.2018, <<http://prawo.gazetaprawna.pl/artykuly/1109641,prof-kaminski-o-ustawie-o-ipn.html>>.

⁴⁰ Yehuda Bauer, Havi Dreifuss: Poles' Shoah law is antisemitic. The Jewish Chronicle, 20.6.2017, <www.thejc.com/comment/analysis/poles-shoah-law-is-antisemitic-1.433190>.

sentanten der polnischen Regierung mehr treffen, solange das Gesetz nicht geändert sei. Sie drohte, dass die Finanzierung „gemeinsamer Verteidigungsprojekte“ auf dem Spiel stünde, sollte auch nur ein US-Bürger auf der Basis dieses Gesetzes verfolgt werden.⁴¹ Präsident Duda wich einen halben Schritt zurück. Er hätte die Gesetzesnovelle per Veto verhindern können, doch zum einen hatte er sie zuvor verteidigt, weil er die Ziele des Gesetzes teilte, zum anderen hätte er mit einem Veto den harten Kern der PiS-Wähler gegen sich aufgebracht. Er entschloss sich, den Schwarzen Peter an das Verfassungstribunal weiterzugeben. Er unterschrieb das Gesetz, das so am 1. März 2018 in Kraft trat, übersandte es aber dem Verfassungstribunal zur Prüfung im Rahmen einer ordentlichen Normenkontrolle. Das bedeutete, dass das Tribunal darüber nicht im Plenum (wo eine Mehrheit für die Regierung unsicher war), sondern in einer Kammer aus fünf Richtern (die die Gerichtspräsidentin entsprechend besetzen konnte) befinden sollte. Damit war sichergestellt, dass die Regierung eine gewisse Kontrolle darüber behielt, welche der Bestimmungen in Kraft bleiben konnten und welche nicht, was Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen mit Israel und den USA war. Mitglieder der PiS-Führung erklärten, bis zu einem Urteil des Verfassungsgerichts werde das Gesetz nicht angewandt.

Durch den Konflikt mit den beiden Ländern geriet ein anderer Konflikt in den Hintergrund. Das neue Gesetz kriminalisiert auch das Leugnen von Verbrechen, die von „ukrainischen Nationalisten“ begangen wurden. Ukrainische Wissenschaftler und Journalisten, die sich in der Ukraine mit dem Thema beschäftigten, können sich in Polen strafbar machen und bei einer Ein- oder Durchreise festgenommen werden. Es bedeutet auch, dass das Leugnen polnischer Verbrechen an Ukrainern in der Zwischen- oder Nachkriegszeit straffrei bleibt, der umgekehrte Fall, das Leugnen ukrainischer Verbrechen an Polen aber mit bis zu drei Jahren Freiheitsentzug bestraft werden kann.⁴²

Doch das war nicht alles, was in der Ukraine für Aufregung sorgte. Allein schon die Gleichsetzung von „ukrainischem Nationalismus“ mit den großen Totalitarismen des 20. Jahrhunderts und ihren Verbrechen fand der Chef des ukrainischen *Instituts für Nationales Gedenken*, Volodymyr Vjatrovyč, „ahistorisch“. Ukrainische Nationalisten hätten mit und gegen die deutsche Besatzung gekämpft, doch das IPN-Gesetz stelle sie nur als Kollaborateure der Deutschen dar. Vjatrovyč kündigte an, das polnisch-ukrainische Historikerforum, das bis dahin regelmäßig tagte, werde seine Arbeit beenden, denn er könne ukrainischen Historikern nicht garantieren, dass sie für ihre Beiträge nicht bestraft würden.⁴³

⁴¹ Diese Drohung zielte auf den amerikanisch-polnischen Princeton-Soziologen Jan Tomasz Gross. Er wurde mit seinen anklagenden Darstellungen antisemitischer Pogrome im Polen der Kriegs- und Nachkriegszeit bekannt. Gegen ihn läuft in Polen auf der Basis des Gesetzes von 2006 ein Verfahren wegen Verunglimpfung, ohne dass es bislang zu einer Anklage gekommen wäre. Gross wurde bisher nur als Zeuge vernommen. Anlass ist ein Artikel in der *Welt*, in dem er behauptete, während des Krieges hätten Polen mehr Juden als die Deutschen umgebracht.

⁴² Das Gesetz lässt unter den Tisch fallen, dass jene, die während des Krieges und danach als „ukrainische Nationalisten“ Verbrechen „an polnischen Staatsbürgern“ begingen, in der Regel selbst polnische Staatsbürger waren. Diese Vermischung ethnischer und nationaler Kriterien hat Präsident Duda auch in seinem Normenkontrollverfahren kritisiert.

⁴³ Szykuje się polsko-ukraińska wojna o historię. *Newsweek Polska*, 7.3.2018 (Interview mit Vjatrovyč), <www.newsweek.pl/opinie/burza-wokol-ustawy-o-ipn-polsko-ukrainska-wojna-o-historie,artykuly,424245,1.html>.

Ukrainische Diplomaten und Politiker hatten versucht, Präsident Duda zu einem Veto zu bewegen, doch in dieser Zeit waren er und die Regierung vor allem mit den Reaktionen aus Israel und den USA beschäftigt. Nach der Unterzeichnung des Gesetzes durch den Präsidenten erklärte der ukrainische Botschafter in Polen, er fürchte angesichts wachsenden Feindseligkeit gegen die Ukraine um die Sicherheit seiner Landsleute in Polen. Das ukrainische Parlament protestierte gegen das IPN-Gesetz in einer Resolution. Außenminister Pawlo Klimkin erklärte, das Gesetz diene nur dazu, „Mythen aufzubauen“. In vielen Stellungnahmen wurde das Gesetz in Zusammenhang mit der steigenden Zahl von tätlichen Übergriffen auf Ukrainer in Polen gebracht. Vjatrovyč erklärte, über das Gesetz freuten sich in der Ukraine nur jene, „die Russland die Stange halten“.⁴⁴ Paradoxerweise führte das Gesetz, das ursprünglich als Gegenmittel gegen einen angeblichen deutschen Geschichtsrevisionismus gedacht war, zu keinerlei diplomatischen Verwicklungen mit Deutschland. Auf dem Höhepunkt des Konflikts zwischen der israelischen und der polnischen Regierung twitterte Außenminister Sigmar Gabriel, es gebe nicht den geringsten Zweifel daran, wer für die Vernichtungslager verantwortlich sei und Millionen europäischer Juden ermordet habe:

nämlich Deutsche. Von unserem Land wurde dieser organisierte Massmord begangen und von niemandem anderen. Einzelne Kollaborateure ändern daran nichts.⁴⁵

Die Nachricht verbreitete sich in Windeseile in Polen und sorgte in regierungsnahen Kreisen für Konsternation, widersprach sie doch eklatant jener Verschwörungstheorie, auf der das IPN-Gesetz aufgebaut ist.

Pragmatische Beziehungen zu Belarus

Anders als im Falle der Ukraine haben sich Polens Beziehungen zu Belarus unter der PiS-Regierung erheblich verbessert. Ein wichtiges Prinzip jeder polnischen Regierung seit 1989 war die Unterstützung der belarussischen Opposition. Dafür engagieren sich zahlreiche polnische NGOs. Um den belarussischen Behörden weniger Einsicht in die Unterstützung belarussischer Organisationen zu geben, hatte Polen unter der Regierung Tusk die Mittel des Außenministeriums zur Förderung der Demokratie in Belarus einer Stiftung übertragen. Ein wichtiger Teil dieser Demokratieförderung war der in Polen ansässige und aus polnischen öffentlichen Mitteln finanzierte Fernsehsender *Belsat*, der über Satellit und Internet auf Belarussisch sendet und in Belarus zu empfangen ist und so – nach dem Vorbild der Sender *Radio Free Europe* und *Radio Liberty* – die belarussische Zensur umgeht. Die Funktionen von *Belsat* beschränken sich aber nicht darauf, Demokratie und Pluralismus zu propagieren – der Sender ist auch ein Instrument polnischer Kulturdiplomatie und ein Mittel, die belarussische Opposition zu unterstützen. Das ist ein Grund, weshalb *Belsat* als einziger ausländischer Sender Belarussisch verwendet.⁴⁶

⁴⁴ Szefer dyplomacji Ukrainy: ustawa o IPN nie jest zwrócona ku dyskusji o prawdziwej historii, TVN24, <www.tvn24.pl/wiadomosci-ze-swiata,2/ustawa-o-ipn-krytykowana-na-ukrainie,811376.html>.

⁴⁵ <www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/bm-holocaust-gesetzgebung-polen/1432878>.

⁴⁶ Belarussisch ist in Belarus eine Sprache der national orientierten Eliten und von Teilen der Landbevölkerung, drei Viertel der Bevölkerung sehen Russisch als ihre Muttersprache an. BBC und Deutsche Welle senden für belarussische Zuhörer auf Englisch, Deutsch und Russisch. Beata Ociepkka: International broadcasting by a middle-size country: The case of Belsat TV from Poland to Belarus, in: *Global Media and Communication*, 2/2016, S. 111–126.

2016 änderte Polen seine Politik gegenüber Belarus. Nach Jahren kühler Distanz begann die Annäherung mit einer Reise von Außenminister Waszczykowski nach Minsk, wo er den belarussischen Präsidenten Aljaksandr Lukašenka traf. Sejm-Marschall Marek Kuchciński reiste im gleichen Jahr nach Belarus und nahm die seit 2010 suspendierte Partnerschaft zwischen dem Sejm und dem belarussischen Parlament wieder auf. Er lobte die Ordnung, die in Belarus herrsche und verlor kein Wort über Menschenrechtsverletzungen, politische Gefangene und die Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit in Belarus. Kein westliches Land erkennt das belarussische Parlament an, seit sich Lukašenka dieses 1996 durch einen „schleichenden Staatsstreich“ unterordnete und die OSZE das Verfassungsreferendum in Belarus als unfrei einstufte.⁴⁷ Im Rahmen der Annäherung zwischen Minsk und Warschau öffnete die Warschauer Börse ihre Pforten für belarussische Aktiengesellschaften, denen so die Möglichkeit geboten wurde, ihr Kapital in konvertibler Währung zu erhöhen. Diese *détente* hatte die polnische Regierung bereits 2015 eingeleitet, als sie sich wegen des Konflikts um das eigene Verfassungstribunal unter Druck von EU, Europarat und USA befand. Bis dahin waren die Beziehungen mit Belarus sehr angespannt gewesen, insbesondere, nachdem die belarussischen Behörden den „Bund der Polen in Belarus“, die nach der Zerschlagung der Opposition nach den Wahlen von 2010 die größte zivile Organisation des Landes geworden war, gespalten und teilweise enteignet hatten.



Kamingeflüster: Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukašenka und Polens Minister für Entwicklung und Finanzen Mateusz Morawiecki im Oktober 2016 in Minsk

⁴⁷ Astrid Sahn: Schleichender Staatsstreich in Belarus. Hintergründe und Konsequenzen des Verfassungsreferendums im November 1996, in: OSTEUROPA, 5/1997, S. 475–487. – Alexandra Goujon: Un cas de populisme post-sovietique: La Bielorussie, in: Pierre-André Taguieff (Hg.): Le Retour du Populisme. Un défi pour les démocraties européennes. Paris 2004, S. 73–82.

Die polnisch-belarussische Annäherung widerspricht fast allem, wofür die PiS innenpolitisch steht. Sie lässt sich nicht als Unterstützung für die polnische Minderheit in Belarus darstellen, denn deren Lage hat sich nicht verbessert. Niemand versucht, sie als solche darzustellen, obwohl das nationale Paradigma, unter dem ein solcher Politikwechsel stünde, durchaus im Einklang mit dem ideologischen Selbstverständnis der PiS stünde. Auch als Produkt der Geschichtspolitik der PiS ist sie nicht erklärbar. Im Gegenteil. Während die PiS Antikommunismus und Antisowjetismus vertritt, hält das Lukašenka-Regime seit Jahren an der sowjetischen Symbolik fest und versucht mit Anleihen in der Sowjetgeschichte die Nationsbildungsversuche von unten, wie sie Bürgerinitiativen in den Großstädten und die prowestliche Opposition betreiben, zu marginalisieren. Belarussische Staatsmedien versuchen regelmäßig, die polnische Heimatarmee und deren Kämpfe gegen deutsche und sowjetische Besatzer im Zweiten Weltkrieg als kriminelle Banden zu diskreditieren, die sich Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung hätte zuschulden kommen lassen. Die polnische regierungsamtliche Unterstützung für eine an den „verfemten Soldaten“ orientierte Geschichtspolitik spielt der belarussischen Propaganda in die Hand. Manche der „verfemten Soldaten“ im belarussisch-polnischen Grenzgebiet, die heute als antikommunistische Helden verehrt werden, hatten nachweislich nicht nur gegen kommunistische Milizen und sowjetische Einheiten gekämpft, sondern Dörfer der belarussischen Minderheit niedergebrannt und deren Bewohner erschossen, die oft pauschal als kommunistische Kollaborateure verdächtigt wurden. Selbst eine Einheit, die Massaker begangen hatte, die nach Ansicht von Staatsanwälten des IPN im Jahr 2005 den Tatbestand des Völkermords erfüllten, wird nun in Medien des IPN als Helden dargestellt.⁴⁸

Sieht man von individuellen Kontakten zwischen belarussischen und polnischen Historikern ab, sucht man einen nennenswerten bilateralen Dialog zu geschichtlichen Themen, wie er nach 1989 zwischen Polen einerseits und Deutschland, der Ukraine, Russland und Litauen andererseits in Gang kam, zwischen Polen und Belarus vergeblich. Die Zusammenarbeit einer Regierung, die die „verfemten Soldaten“ zu Helden erklärt, mit einem Regime, dessen Propaganda diese polnischen Helden als Verbrecher darstellt, ist an der PiS-Basis nicht vermittelbar. Daher vollzieht sich die Hinwendung zu Belarus im Stillen, und es kommt kaum vor, dass sich einer der daran beteiligten Politiker öffentlich dazu bekennt. So sorgte auch die Tatsache, dass gleichzeitig dem belarussischen Oppositionsradio *Racja*, das wie *Belsat* von Polen aus operiert, vom polnischen Innenministerium die Mittel gekürzt wurden, für keinerlei Schlagzeilen in Polen.⁴⁹

Diese Hinwendung zu Lukašenkas Belarus ist nur folgerichtig und liegt in der Logik der aktuellen Außenpolitik, so unkoordiniert und widersprüchlich sie auch erscheinen mag. Aufgrund der Konflikte mit EU-Institutionen, Nachbarstaaten, den USA und

⁴⁸ Es handelt sich um die Partisaneneinheit von Romuald Rajs (Pseudonym „Bury“). Jüngst wurde bekannt, dass das IPN, dessen Führungspositionen nach dem Machtwechsel in Polen nun alleine von der PiS besetzt werden, einen Film produziert hat, in dem „Bury“ als antikommunistischer Held gefeiert wird. Estera Flieger: IPN promuje „Burego“. *Gazeta Wyborcza*, 13.–14.1.2018.

⁴⁹ *Belsat*, 23.12.2016, <<http://belsat.eu/pl/news/msz-ograniczyl-takze-finansowanie-radia-racyja>> Unter der Regierung Szydło hatte Außenminister Waszczykowski versucht, dem Sender *Belsat* die Mittel zu kürzen. Nachdem die britische Regierung und Finanzminister Morawiecki versprochen, die Kürzung auszugleichen und Morawiecki Premierminister wurde, nahm die Regierung davon Abstand.

Israel bleibt als Feld für eine außenpolitische Profilierung eigentlich nur der Osten. Einer offenen Annäherung an Russland steht jene Propaganda im Wege, mit der sich die PiS vor 2015 den Weg an die Macht gebahnt hat und die den Kern ihrer Wählerschaft bei der Stange hält. Nach der PiS-Meistererzählung ist Russland Polens Hauptgegner und Präsident Putin mit dem Ex-Ministerpräsidenten Donald Tusk für das angebliche Attentat verantwortlich, das 2010 Lech Kaczyński und seine Mitreisenden das Leben kostete. Für die Stammwähler und die meisten Sympathisanten der PiS sind diese Annahmen nicht hinterfragbar. Diese Meistererzählung einfach aufzugeben, ist für die PiS-Führung unmöglich. Doch sie tut einiges, um sie langsam in Vergessenheit geraten zu lassen.

Verteidigungsminister Macierewicz hatte eine Untersuchungskommission zum Absturz der Präsidentenmaschine eingerichtet. Zunächst sollte sie die früheren Untersuchungsergebnisse diskreditieren. Die Kommission beriet, diskutierte und forschte, erging sich in düsteren Andeutungen, ging aber nie so weit, die Meistererzählung amtlich zu machen, dass es sich tatsächlich um ein Attentat gehandelt habe. Das hätte die Regierung gezwungen, gegenüber Russland die außenpolitischen Konsequenzen zu ziehen oder sich von dieser These zu distanzieren und damit die Kommission öffentlich zu desavouieren. Bei der Regierungsumbildung im Januar 2018 wurde Macierewicz entmachtet und das Verteidigungsministerium von seinen Vertrauten gesäubert. Er selbst darf nun im Rahmen einer Parlamentariergruppe weiterforschen.⁵⁰ Auch die Forderung an Russland, das Flugzeugwrack zurückzugeben, wird seit Monaten nicht mehr öffentlich erhoben.

Ein solcher Spagat zwischen offizieller Feindseligkeit und heimlicher Annäherung ist gegenüber Belarus aus einem Grund nicht notwendig: Es gibt so gut wie keine Interessengruppen in und um die PiS, die sich einer solchen Annäherung entgegenstellen würden. Im Vergleich zu jenen Gruppen, Bürgerinitiativen und innerparteilichen Fraktionen, die sich einer Annäherung an Russland, die Ukraine und selbst Litauen im Namen einer „historischen Wahrheit“ entgegenstellen, sind diejenigen, die „Wahrheit statt Annäherung“ im Verhältnis zu Belarus fordern, verschwindend wenige. Es handelt sich nur um kleine rechtsradikale Gruppen außerhalb der PiS, die sich dem Gedenken an diejenigen „verfemten Soldaten“ verschrieben haben, die in belarussischen Siedlungsgebieten Verbrechen verübt haben.

⁵⁰ Eine Gruppe (*zespół*) ist nicht zu verwechseln mit einer Parlamentskommission, die aus Mitgliedern aller Fraktionen besteht und Vorlagen für das Plenum vorbereitet. Eine Gruppe ist ein informeller Zusammenschluss von Gleichgesinnten und hat im Parlamentsleben eine sehr untergeordnete Bedeutung.